

RM Striegl erläutert eingangs den vorliegenden Antrag und führt dazu aus, dass man mit dieser Maßnahme in diesem Bereich der Stadt eine höhere Aufenthaltsqualität anstrebe.

VA Klein berichtet im Anschluss über den aktuellen Planungsstand, der in enger Abstimmung mit dem aufgrund des VA-Beschlusses vom 28.02.2023 mit der Verkehrserhebung beauftragten Ingenieurbüro, der Polizei und dem für den Bereich Verkehrsplanung zuständigen Fachbereich Bauen in der Kürze der Zeit erarbeitet wurde. Die Ergebnisse der Verkehrserhebung liegen trotz der unverzüglichen Auftragserteilung aufgrund des damit verbundenen nicht unerheblichen Aufwandes noch nicht vor.

Mithilfe einer Präsentation erläutert VA Klein ausführlich die vorgesehenen und notwendigen baulichen und verkehrlichen Maßnahmen bei einer Entscheidung aus der Politik für eine Umsetzung und geht dabei unter Heranziehung der Stellungnahme der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland auf die einzelnen Aspekte detailliert ein. Die Straßenverkehrsbehörde schließe sich den Ausführungen der Polizei im Ergebnis an.

FBL Büttler stellt mit Blick auf eine etwaige Förderung noch einmal den zeitlichen Ablauf seit dem ähnlich lautenden Antrag des letzten Jahres dar. Zum damaligen Zeitpunkt wurde bereits vorsorglich eine Förderung (Förderprogramm „Perspektive Innenstadt“) beantragt, ohne zu diesem Zeitpunkt einen konkreten Auftrag durch die Politik erhalten zu haben.

Ende des vergangenen Jahres traf die Zusage von Fördermitteln in Höhe von 230.000 Euro + 10 % Eigenanteil für eine geplante Maßnahme ein. Um die Mittel zu erhalten, sollte die Fertigstellung der Maßnahme ursprünglich bis März 2023 nachgewiesen werden. Ein Antrag auf Verlängerung bis zum 15.08.2023 wurde gestellt, ist aber noch nicht entschieden worden. Die Maßnahme müsste daher bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein.

RM Borkenstein bemängelt den zeitlichen Ablauf des Antrages. In der VA Sitzung am 14.03.2023 sei beschlossen worden, diesen Antrag im Fachausschuss zu behandeln, um gleich anschließend in einer weiteren Sitzung des Verwaltungsausschusses darüber abzustimmen. Sowohl die Bürger:innen als auch die Gewerbetreibenden hätten gar nichts von dem Antrag gewusst, sofern nicht die SPD am vergangenen Montag eine Infoveranstaltung für interessierte Bürger:innen abgehalten hätte. Aufgrund der Kurzfristigkeit konnten allerdings nicht alle Bürger:innen teilnehmen. RM Borkenstein stelle sich daher die Frage, wer am meisten von dieser Abbindung profitiere und warum der Auftrag für die notwendigen Baumaßnahmen bis zum Freitag erteilt werden müsse.

VA Klein erläutert daraufhin den mit VA-Beschluss vom 28.02.2023 erteilten Auftrag an die Verwaltung. Dabei sei die Verwaltung selbstredend gehalten, gewünschte Maßnahmen so wirtschaftlich wie möglich umzusetzen. Nach entsprechender Recherche und Rücksprache mit den zuständigen Fachbereichen zeigte sich, dass für die beantragte Abbindung der Menkestraße ggfs. Fördermittel in erheblicher Höhe zur Verfügung stehen. Als Verwaltungsmitarbeiter halte er es im Ergebnis für selbstverständlich, die politischen Gremien entsprechend umfänglich und transparent zu

informieren. Dies umso mehr, wenn die Stadt Schortens dadurch bei einer Umsetzung finanziell erheblich entlastet werde. Die Verwaltung habe in kürzester Zeit mit erheblichem Aufwand den vorgestellten Planungsstand erarbeitet. Die Entscheidung über die Realisierung liege letztlich jedoch bei den hierfür zuständigen politischen Entscheidungsträgern.

RM Borkenstein hinterfragt nochmals, ob es Fördermittel nur gebe, wenn der Auftrag bis zum 17.03.2023 erteilt wird. Des Weiteren gibt er erneut zu bedenken, dass keine ausreichende Bürgerbeteiligung für so eine wichtige und einschränkende Maßnahme stattgefunden habe. Weiter müsse die Parkplatzsituation bedacht werden. Zudem müssten Bäume gefällt werden. Auch bemängelt er das Fehlen einer Planskizze, anhand derer sich die Bürger:innen ein Bild machen könnten.

Zur Frage der für die Stadt maximal anfallenden Kosten führt FBL Büttler aus, dass der Eigenanteil der Maßnahme derzeit noch nicht bestimmt werden könne, da dieser auch von den derzeitigen Kostensteigerungen im Baugewerbe abhängig sei.

RM Borkenstein resümiert, dass nunmehr also ein Beschluss gefasst werden solle, bei dem noch niemand die tatsächlichen Kosten abwägen kann. So etwas habe es noch nie gegeben. Er hakt daher nach, was passiere, wenn die Maßnahme nicht bis zum 15.08.2023 fertiggestellt sei.

BM Böhling erklärt daraufhin, dass die möglichen Fördergelder in mehreren Tranchen abgerufen werden könnten. Die Art und Weise der Umsetzung sei eine politische Entscheidung. Sofern man Wert auf eine längere Beratung lege, müsse man dementsprechend auf Fördermittel verzichten. BM Böhling betont in diesem Zusammenhang, dass die Verwaltung letztlich einen entsprechenden Auftrag der Politik umsetze.

Auf die Frage eines Bürgers, ob die geplante Maßnahme unter Beachtung der Regelungen des § 45 der Straßenverkehrsordnung rechtssicher umsetzbar sein, entgegnet VA Klein, dass das Ziel der heutigen Sitzung die Bürgerbeteiligung sei. Die hier geäußerten Bedenken, Hinweise und Anregungen würden aufgenommen und bei den weiteren, federführend durch den dafür zuständigen Fachbereich Bauen zu konkretisierenden Planungen berücksichtigt werden. Dazu zählten auch solche, im weiteren Verlauf zu klärenden Fragen.

GM Just erklärt dazu, dass die Eile aus seiner Sicht nicht das Problem sei, wenn man sich grundlegend für die Maßnahme entscheidet. Wenn dann noch Fördermittel genutzt werden könnten, begrüße er dies. Allerdings würde sich die Fraktion Freie Bürger auch ohne den Erhalt von Fördermitteln für den Antrag aussprechen. Die angedachten Maßnahmen seien ein Gewinn für die Stadt Schortens. Die Stellungnahme der Polizei liefere zudem gute Gründe, um gleich eine dauerhafte Lösung zu favorisieren.

RM Grimpe veranschaulicht noch einmal die derzeitige Situation vor Ort. Er empfindet diese zurzeit als sehr unstrukturiert, sodass darunter die Aufenthaltsqualität leide. Natürlich könne niemand

ausschließen, dass die erforderlichen Arbeiten teurer würden als der ggfs. zur Verfügung stehende Förderbetrag. Letztlich überwiege der Nutzen der Maßnahme aber deutlich. Sollte man im Endeffekt zu der Erkenntnis gelangen, dass die dauerhafte Abbindung nicht gut funktioniert, könnten die Poller auch auf Dauer abgesenkt und die Straße einfach wieder geöffnet werden.

Die Fraktion CDU/Bündnis 90/Die Grünen folgen demnach der Stellungnahme der PI WHV/FRI und wollen daher keine Probephase mehr.

Aus dem Kreis der anwesenden Einwohner wird kritisiert, dass die Maßnahme nicht ausgereift sei. Zudem könne es zu Rückstau auf der Alten Ladestraße bis weit in den Ortskern und auch in die Jeversche Straße/Bahnhofstraße kommen. Auch die Ansiedlung von Einzelhandel werde dadurch erschwert. Weiterhin wird die fehlende Bürgerbeteiligung massiv kritisiert.

Zudem werden von Einwohnern Fragen zu Parkmöglichkeiten, insbesondere durch den Wegfall von weiteren Flächen durch den Neubau der Bäckerei Müller-Egerer, zur Bedienung der Poller und zur Durchfahrtsberechtigung gestellt.

FBL Büttler gibt an, dass es noch keine Detailplanung gebe. Man müsse sich über diese Punkte noch einmal mit den Beteiligten unterhalten und gute und adäquate Lösung anstreben.

Die Nachfrage, ob bereits die konkreten Bedarfe der Anlieger ermittelt worden seien, verneint FBL Büttler.

VA Klein betont, dass genau für diese Detailfragen die nun vorgetragenen Anregungen und Bedenken wichtig seien. Nur so könnten diese bei der weiteren Planung Berücksichtigung finden. Das zeuge davon, dass die Beteiligung der Bürger:innen ernstgenommen würde.

FBL Büttler weist aufgrund weiterer Fragen zu Durchfahrtsmöglichkeiten, z.B. für Rettungskräfte, nochmals auf den derzeitigen Planungsstand hin.

RM Borkenstein gibt zu Protokoll, dass seines Erachtens auf die vorgetragenen Bedenken der Bürger:innen keine Rücksicht genommen würde. Der zu fassende Beschluss sei somit ohne eine vorherige adäquate Bürgerbeteiligung herbeigeführt worden.

Zu den negativen Folgen aus der Abbindung von Straßenabschnitten berichtet ein Bürger vom nördlichen Teil der Plaggestraße, in den auch noch heute immer wieder Lkws einfahren und dann in der Sackgasse erhebliche Probleme beim Wenden hätten. Weiter wird angeregt, den Verkehrsfluss im Bereich Bahnhofstraße/Alte Ladestraße/Oldenburger Straße durch eine Umgestaltung des Kreuzungsbereichs mit einem Kreisverkehr zu verbessern.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden modifiziert RM Grimpe den Antrag wie folgt:

Die Menkestraße soll umgehend zur Alten Ladestraße abgebunden werden.